



GESELLSCHAFT DEUTSCHER CHEMIKER

Position der Gesellschaft Deutscher Chemiker zur Reform der Europäischen Chemikalienpolitik

Reform der Chemikalienpolitik

Im Mittelpunkt einer jeden Chemikalienpolitik muß der wirksame Schutz unserer Lebensgrundlagen stehen. Dabei sind zur Sicherung unserer Zukunft gleichzeitig die Funktionsfähigkeit des Binnenmarktes und die Wettbewerbsfähigkeit von Forschung, Entwicklung und Produktion in der Chemie und verwandten Bereichen zu gewährleisten.

Mit dem im Februar 2001 vorgelegten Weißbuch "Strategie für eine zukünftige Chemikalienpolitik" hat die EU-Kommission eine umfassende Reform des europäischen Chemikalienrechts auf den Weg gebracht. Kernelement des Weißbuchs ist die Einführung eines neuen, europaweit einheitlichen Systems für die Registrierung, Bewertung und Zulassung von chemischen Stoffen (sog. REACH-System: Registration - Evaluation - Authorization of Chemicals).

Die Vorschläge der EU-Kommission sowie die zusätzlichen Forderungen des Umweltministrates und des Europäischen Parlaments zur europäischen Chemikalienpolitik sind sehr weitreichend. Nach dem vorgeschlagenen REACH-Verfahren für Chemikalien, die in Mengen von über einer Tonne pro Jahr hergestellt werden, dürfen ausschließlich registrierte, evaluierte (betrifft ca. 15-20% der registrierten Stoffe) bzw. autorisierte Stoffe (betrifft ca. 1/3 der evaluierten Stoffe) produziert und vermarktet werden. Bei der Weiterverarbeitung und Verwendung von Chemikalien ist künftig grundsätzlich zu prüfen, für welche Verwendungszwecke der Stoff oder die Zubereitung registriert bzw. zugelassen ist.

Auswirkungen der geplanten Reform auf die Wissenschaft

Die im Weißbuch niedergelegten Vorschläge haben nicht nur gravierende Konsequenzen für die Produktion und Nutzung chemischer Stoffe, sondern betreffen die gesamte Wertschöpfungskette und damit auch die Wissenschaft Chemie. Dazu gehören die öffentlich geförderte Grundlagenforschung an Hochschulen und Forschungseinrichtungen ebenso wie die produktbezogene Forschung in der Industrie.

Die Vorschläge können – richtig umgesetzt – einen großen Innovationsschub in der Chemie, sowohl in der Wissenschaft als auch in der chemischen Industrie, bewirken und das riesige Potential des Beitrags der Chemie zu einer nachhaltigen Entwicklung freisetzen. Die Gesellschaft Deutscher Chemiker hat bereits in ihrem Positionspapier zum Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg positiv zu den wesentlichen Prinzipien Stellung genommen.

Im Hinblick auf die Konsequenzen des Weißbuches auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit und die Innovationskraft der chemischen Industrie in Deutschland und Europa haben die Bundesregierung, die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie und der Verband der Chemischen Industrie eine gemeinsame Position formuliert. Die Gesellschaft Deutscher Chemiker begrüßt und unterstützt diese Position als einen wichtigen, konstruktiven Schritt, für die Zusammenführung der umwelt- und wirtschaftspolitischen Ziele einer neuen Chemikaliengesetzgebung.

Der Erhalt der Leistungsfähigkeit der europäischen chemischen Industrie ist aber auch eine der entscheidenden Grundvoraussetzungen für eine erfolgreiche chemische Forschung und Lehre in der Europäischen Union. Eine Beeinträchtigung der Wettbewerbsfähigkeit der chemischen Industrie in Deutschland und Europa würde unweigerlich zu Standortverlagerungen in das Nicht-EU-Ausland führen. Erfahrungen zeigen, dass eine Abwanderung der Produktion an Standorte mit günstigeren Rahmenbedingungen in der Regel auch eine Verlagerung der industriellen Forschungs- und Entwicklungskapazität zur Folge hat. Dies würde sich negativ auf die Forschungs- und Entwicklungskooperationen der Unternehmen mit deutschen Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen auswirken. Für die betroffenen Hochschulen und Forschungseinrichtungen wäre ein rückläufiger Drittmittelzufluss und eine Ausgrenzung von industrienaher Spitzenforschung die Folge – mit allen negativen Effekten für die gesamte deutsche Forschungslandschaft in der Chemie und verwandter Wissenschaften. Betroffen sind konsequenterweise dann auch die auf der Chemie basierenden Innovationsgebiete wie Materialforschung, Nanotechnologien und vor allem die Lebenswissenschaften. Es ist daher auch im Interesse der Wissenschaft sicherzustellen, daß jede neue europäische Chemikalienpolitik die Innovationskraft in allen Bereichen der Chemie, insbesondere in Wissenschaft, Lehre und Industrie, voranbringt und stärkt.

Positionen der Gesellschaft Deutscher Chemiker

Als bedeutendste chemiewissenschaftliche Fachgesellschaft in Kontinentaleuropa sieht es die Gesellschaft Deutscher Chemiker (GDCh) als ihre Aufgabe an, im Interesse ihrer Mitglieder und der Wissenschaft Chemie ihre fachliche und von Partikularinteressen unabhängige Kompetenz in den Diskussionsprozeß um eine europäische Chemikalienpolitik einzubringen.

Die Chemie hat als innovationsfreudige Wissenschaft und Industrie eine stoffliche Vielfalt hervorgebracht, die für alle Lebensbereiche unverzichtbar und für die Volkswirtschaft ein verlässlicher Erfolgsfaktor ist. Gleichzeitig liegt es in der Verantwortung der Chemiker, bestmöglich über Stoff- und Produkteigenschaften Bescheid zu wissen und das Risiko für Mensch und Umwelt bei der Verwendung gefährlicher Verbindungen zu minimieren. Vor diesem Hintergrund sind die Anstrengungen der EU zu begrüßen, die europäische Chemikaliengesetzgebung neu zu gestalten. Die GDCh unterstützt deshalb die grundsätzliche Zielrichtung des Weißbuches der EU-Kommission „Strategie für eine zukünftige Chemikalienpolitik“.

Begrüßenswert sind insbesondere

- ein einheitliches System für Alt- und Neustoffe,
- die systematische Registrierung und Bewertung von Stoffen mit abgestuften Anforderungen bezogen auf Mengen, Verwendung und Exposition,
- Entscheidungen über Maßnahmen (Stoffverbote, Beschränkungen etc.) auf der Grundlage von wissenschaftlichen Risikobewertungen und

- die Vermeidung von Verzerrungen des Binnenmarktes durch einheitliche europäische Vorschriften

Die GDCh unterstützt die Absicht der Kommission, die neuen Regelungen zum Chemikalienrecht als unmittelbar geltendes EU-Recht in Form von Verordnungen zu erstellen und nicht als von den Mitgliedstaaten umzusetzende Richtlinien. Dadurch können einseitige Nachteile für Deutschland innerhalb der EU aufgrund von Unterschieden in der nationalen Gesetzgebung vermieden werden.

Beitrag der Gesellschaft Deutscher Chemiker und der chemischen Wissenschaften

Die Rolle der Chemie als Problemlöser, und nicht als deren Verursacher, wird an Bedeutung zunehmen. Im Kontext der Realisierung der an eine neue europäische Chemikalienpolitik zu stellenden Forderungen sieht die GDCh vor allem in folgenden Feldern eine aktive Rolle:

- Förderung von wissenschaftlich fundierten Prüfmethoden zur Risikobewertung von Chemikalien, insbesondere Tierversuche möglichst weitgehend zu ersetzen,
- Beteiligung an der Entwicklung nachhaltig einsetzbarer Emissionsszenarien einschließlich Emissionskategorien und Expositionsabschätzung,
- Sicherung der stofflichen Vielfalt durch die Unterstützung der interdisziplinären Entwicklung ressourcenschonender und umweltverträglicher Verfahren zur Produktion von Chemikalien, insbesondere von Basischemikalien, auf der Basis nachwachsender Rohstoffe,
- Bereitstellung von Expertise und Weiterentwicklung von Methoden zum Schutz der Menschen vor toxikologischen Belastungen im alltäglichen Leben.

Forderungen der Gesellschaft Deutscher Chemiker

Es wird bei der Umsetzung des Weißbuches darauf ankommen, realistische und praktikable Lösungsansätze zu finden, welche der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der chemischen Industrie, Forschung und Lehre in Europa keinen unvermeidbaren Nachteil oder gar anhaltenden Schaden zufügen. Darüber hinaus muss es Ziel der neuen gesetzlichen Regelungen sein, die Innovationskraft des Standorts Europa aus der Vielfalt der Chemie heraus zu fördern und nicht zu behindern. In diesem Sinne stellt die GDCh folgende Forderungen an eine neue europäische Chemikalienpolitik:

- Aktive Umsetzung der gemeinsam von Bundesregierung, IG BCE und VCI erarbeiteten Position zum Weißbuch der Europäischen Kommission "Strategie für eine zukünftige Chemikalienpolitik".
- Eine neue europäische Chemikalienpolitik muß die Innovationskraft in allen Bereichen der Chemie, insbesondere in Wissenschaft, Lehre und Industrie, voranbringen und stärken, sie darf sie nicht behindern oder beeinträchtigen.
- Nachhaltige Förderung der Grundlagen- und anwendungsorientierten Forschung zur Substitution toxischer Chemikalien, von denen wissenschaftlich nachgewiesen eine nicht vertretbare Gefahr für Umwelt und Gesundheit ausgeht, durch weniger schädliche Substanzen. Dies gilt insbesondere für Stoffe, die ein besonderes Gefährdungspotential aufweisen, wie CMR-Stoffe¹ oder POPs².

¹ Stoffe mit krebserzeugenden, erbgutverändernden oder fortpflanzungsgefährdenden Eigenschaften

² Persistente Organische Schadstoffe

Damit verbunden Verzicht auf ein generelles gesetzliches Substitutions- und Eliminierungsgebot für gefährliche Stoffe allein aufgrund ihrer inhärenten Stoffeigenschaften ohne Berücksichtigung des tatsächlichen Risikopotentials. Vorrangiges Ziel muss die Vermeidung von potentiellen Expositionen und die Verringerung des Risikos bei der Verwendung von Chemikalien sein.

- Die GDCh unterstützt nachdrücklich die im Weißbuch vorgesehene Regelung, daß Chemikalien, die in Forschung, Entwicklung und als Labor- oder Testchemikalien eingesetzt werden, nicht vom REACH-System zu erfassen sind. Andernfalls besteht die Gefahr einer signifikanten Beeinträchtigung der wissenschaftlichen Innovationsfähigkeit.
- Zulassung und Einsatz der Struktur-Wirkungs-Methode (SAR-Methodik) als zusätzliches Instrument zur Bewertung von Chemikalien im REACH-System. Diese Methode erlaubt im Sinne des politischen Ziels der Förderung von Prüfungen, ohne Verwendung von Versuchstieren, unter der großen Zahl von Chemikalien rasch ein Ordnungsprinzip zu schaffen, und erleichtert somit eine Fokussierung auf die wirklich problematischen Substanzen.
- Einfache, unbürokratische, auf Sachverstand und chemischer Expertise basierenden Regelungen für eventuelle Melde- und Registrierpflichten bei der Weiterverarbeitung/Anwendung von Stoffen, die nicht durch die Registrierung des Herstellers abgedeckt werden.
- Konsequente Verfolgung einer Harmonisierung auf OECD-Ebene der Instrumente, mit denen das von Chemikalien ausgehende Risiko abgeschätzt wird, um gleiche Voraussetzungen in allen wesentlichen Industrieregionen herbeizuführen. Dies betrifft insbesondere Prüfungsmethoden, Emissionsszenarien und Modelle zur Expositionsabschätzung.